



STRATEG Brief Nr.: 10

Frankreich wird in seinen ehemaligen Kolonien militärisch aktiver und lässt eine gemeinsame europäische Linie zersplittern

Im Herbst 1956 intervenierten Frankreich und Großbritannien in Reaktion auf die Verstaatlichung der Suezkanal Gesellschaft durch Präsident Nasser in Ägypten. Ihr Scheitern sollte zum definitiven Ende der Kolonialmächte führen. Die USA und die UdSSR brachten die Angelegenheit vor die UNO; die Sowjets erhielten zudem freie Hand in der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn. Fortan wollten die Briten nicht mehr ohne die USA in einen Krieg ziehen und begannen ihre intensive transatlantische Ausrichtung. Paris hingegen konzentrierte sich auf die europäische Einigung und baute am Tandem mit Deutschland. Außenpolitisch manifestierte sich dieses im Jahr 2003 in der gemeinsamen Ablehnung des Irakkrieges. Fast 60 Jahre nach der Suezkrise scheint eine Wiederbelebung der britisch-französischen Achse, die Entente Cordiale von 1904, erkennbar. Die Stationen sind: die Operationen in Libyen 2011, Mali 2013 und der britisch-französische Kurs in Syrien, vor allem betreffend Waffenlieferungen. Dieser Kurs könnte sich zum einen aus den NATO- Erfahrungen in Afghanistan erklären, wo man mit der US-Führung vielfach nicht einverstanden war, zum anderen ergibt er sich aus einer fortschreitenden Renationalisierung der EU. London und Paris kommunizierten in der Libyen Operation direkt und ohne Umwege über Brüssel und die NATO. Die Initiative für ein militärisches Eingreifen mit der Zielsetzung Regimewechsel und damit über die UN-SR 1973 (2011) hinausgehend¹ ging von Paris aus. Die USA mussten den Angriff aber bald massiv unterstützen, da es den Europäern an Material, insbesondere zur Sicherung der Lufthoheit, fehlte. Mali ist nun ein aufschlussreiches Fallbeispiel, das die wachsende Tendenz französischer Alleingänge aufzeigt und das die Durchsetzung nationaler Interesse ohne innereuropäische Absprache illustriert. Die Fragmentierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik liegt auf der Hand.

Die **Operation Serval**² der französischen Streitkräfte in Mali begann am 11. Jänner 2013. Sie erfolgte aufgrund eines Ersuchens der Regierung von Mali an Frankreich und unter Billigung der UN, UN-SR Resolution 2085 vom 20.12.2012. Primäres Ziel war die Vertreibung islamistischer Verbände aus Mali. Rund 2.500 französische Soldaten, unterstützt von der französischen Luftwaffe, sollten in Zusammenarbeit mit der Armee von Mali und Truppen des Tschad die im Zuge des Krieges in Libyen, dem Putsch in Mali von 2012 und einigen anderen Gründen eingesickerten Islamistengruppen mit einer geschätzten Gesamtstärke von 5.000 – 10.000 Mann vertreiben. Malis Übergangsregierung versucht derzeit, eine Friedensvereinbarung mit separatistischen Tuareg-Rebellen auszuhandeln. Diese hatten 2012 gemeinsam mit den Islamisten den Norden des Landes erobert. Zuvor war durch den Putsch in der Hauptstadt Bamako ein Machtvakuum entstanden. Interimspräsident Dioncounda Traore hat Wahlen für den 28. Juli angekündigt und hofft, die unwegsame Region bis dahin wieder unter Kontrolle zu bringen. Die Islamisten werden von einigen arabischen Golfstaaten finanziell unterstützt. Die Zerstörung des Weltkulturerbes von Timbuktu im Sommer 2012 sorgte für internationale Kritik. Kamen die französischen Truppen unter begeisterter Anteilnahme der Bevölkerung in den ersten Wochen zügig voran, kann von einer Befriedung des Landes fünf Monate später keine Rede sein. Terroranschläge nehmen zu, Racheakte aller Art finden statt, einmal leiden die nichtarabischen Schwarzafrikaner, dann wieder die vermeintlichen Kollaborateure der Islamisten. Rund 100 000 Menschen sind geflohen, hinzu kommt eine hohe Zahl intern Vertriebener³. Weitere Interventionen und ein Überschwappen der Konflikte aus und nach Algerien, Niger, Tschad und Burkina Faso sind nicht auszuschließen. Der Angriff auf eine Erdgasförderstätte in Südalgerien Ende Jänner wird als möglicher Auftakt für weitere Unsicherheiten in der Region interpretiert.

¹Die Resolution beinhaltet im Wesentlichen die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand, die Intensivierung der Anstrengungen für eine politische Lösung, die Einrichtung einer Flugverbotszone und die Ergreifung aller Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung.

² Serval ist der Name einer afrikanischen Kleinkatze

³ Flüchtlinge haben das Land verlassen, intern Vertriebene verbleiben im Lande.



In diesen Tagen kehren die ersten Mitglieder des in Gao stationierten Infanterieregiments nach Frankreich zurück. Frankreich verringert im Hinblick auf die Kapazitäten der UN-Friedenstruppe MINUSMA (United Nations Multidimensional Integrated Stabilisation Mission in Mali), die im Juli einsatzbereit sein soll, die Mannschaftsstärken und zieht Material ab. Viele Ortsansässige halten die Truppenreduzierung für verfrüht. Andererseits registrieren sie mit Genugtuung, dass die Patrouillen durch malische Soldaten und Gendarmen zunehmen.

Operationsziele waren und sind: Stopp terroristischer Angriffe, Sicherung der Hauptstadt Bamako und französischer Staatsbürger und Unterstützung Malis bei der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität. Der infolge des Sturzes des Gaddafi Regimes intensive Zustrom von Waffen, darunter auch MANPADS (man-portable air-defense systems), die hohe Zahl ausländischer Dschihadisten, die die Gesellschaft und die Politik des Landes im Sinne der Scharia umgestalten wollen, die implodierenden staatlichen Strukturen des geschwächten Landes, der boomende Drogenhandel und eine Reihe weiterer Probleme haben dazu geführt, dass Mali in der westlichen Einschätzung bereits als „das Afghanistan im Sahel“ bezeichnet wird. Vor wenigen Jahren noch wurde Mali als ein Muster an Demokratie gelobt. Die Bereitschaft anderer Nationen, Mali bei der Stärkung seiner Institutionen und vor allem bei einer Bekämpfung des Schmuggels zu unterstützen, hält sich aber in Grenzen. Einer Umfrage der Zeitung Le Parisien vom 15. Jänner zufolge unterstützten 75% der Bevölkerung Frankreichs die Intervention, 23% lehnten sie ab.

Durchsetzung nationaler Interessen: Völlig uneigennützig handelte Frankreich aber nicht. Man konnte in Afrika wieder außenpolitische Anerkennung erwerben. Zudem zeigte ein unpopulärer Präsident Hollande Führungsstärke. Und vor allem geht es um die Sicherung von Rohstoffinteressen. Die Bodenschätze Malis sind zum größten Teil unerschlossen. Im Süden gibt es Goldminen, die Mali nach Ghana und Südafrika zum drittgrößten Förderer des Edelmetalls in Afrika machen. Im Westen des Landes wurde Uran gefunden. Dies nährte das Gerücht, Frankreich habe in den Konflikt nur eingegriffen, um seine Atomkraftwerke mit billigem Uran zu versorgen. Denn bisher ist Frankreichs staatlicher Atomkonzern AREVA weitgehend auf Vorkommen in Niger angewiesen, die nördlich von Agadez nahe Arlit liegen und die Niger zum größten Uranförderer Afrikas aufsteigen ließen. Mitarbeiter und Anlagen des Konzerns waren in Niger bereits vor zwei Jahren und nun verstärkt Ziele von Entführungen und Anschlägen.

Rechtstitel im Sinne von Konzessionen zählen im Rohstoffsektor nur bedingt. Entscheidend ist traditionell der physische Zugang zu Minen, Erdölfeldern, etc. Diese bedingt letztlich Militärallianzen und die Präsenz von Truppen. Der Wettlauf auf dem afrikanischen Kontinent ist nicht nur einer zwischen den USA und China, sondern auch zwischen Frankreich und anderen Interessenten. Trotz Rezession ist Frankreich offenbar bereit, die Kosten für solche Interventionen zu tragen⁴.

Langfristig werden UN-Organisationen sich der Lage im Sahel und insbesondere in Mali annehmen müssen. Der UN-Sondergesandte Romano Prodi soll die vielen UN-Aktivitäten von Nahrungsmittelhilfe bis zum „state-building“ koordinieren. Das militärische Engagement Frankreichs trägt jedenfalls dazu bei, diese von der Weltgemeinschaft meist vernachlässigte Region, wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Mit diesem Engagement konnten kriminelle Gruppen und die vielen zersplitterte islamistischen Kämpfer geschwächt werden. Doch letztlich wurden diese bloß vertrieben, sie können aus ihren „safe havens“, so auch in Libyen, jederzeit wieder eindringen. Die Angst der Europäer vor den vielen Filialen einer maghrebischen Al-Qaida ist seit bald einem Jahrzehnt begründet. Ob die französische Operation Serval zu einer Lösung beitragen kann, wird neben einer umfassenden Kontrolle des Staatsgebietes durch die malische Regierung von den Entwicklungen in den Nachbarstaaten abhängen. Solange islamistische Kämpfer aus Ausbildungslagern in Libyen einsickern, bleibt die Lage äußerst unsicher.

Verfasserin: Dr. Karin Kneissl

Bearbeitung abgeschlossen: Juni 2013

⁴ Für die Operation Serval wurden bisher ca. 500 Mio Euro aufgewendet.